



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

24.10.2007

Rede zum Thema *Jugendfreiwilligendienstgesetz*

von Kai Gehring im Plenum des Deutschen Bundestages am 24.10.2007

Herr Präsident/ Frau Präsidentin! Liebe KollegInnen!

Es ist Frau von der Leyens Gesetzentwurf deutlich anzumerken, dass ihr ein **Gesamtkonzept** für die Jugendfreiwilligendienste fehlt. Offenbar ist die **Jugendpolitik** im Familienministerium wieder nur stiefmütterlich behandelt worden.

Wir teilen deshalb die nahezu einhellige **Kritik des Bundesrates** und der **Fachverbände** an dem Entwurf.

Zwar ist es grundsätzlich erfreulich, dass die Bundesregierung versucht, die Freiwilligendienste zu stärken, doch anstatt die **Einzelinitiativen verschiedener Ministerien** fachlich zu bündeln und auf eine pädagogisch sinnvolle Grundlage zu stellen, sollen mit dem Gesetz **nur zwei Dienste** geregelt werden.

Und selbst für diese beiden Dienste ist der Vorschlag **unausgegoren!**

Die Orientierung der Freiwilligendienste an **Lernzielen** kann mit den im Gesetzentwurf vorgesehenen **Finanzierungsstrukturen** kaum umgesetzt werden.

Die in der **Evaluation der Freiwilligendienste** angemahnte Änderung dieser Regelungen hat keinen Eingang in den Gesetzentwurf gefunden.

Für uns ist es ein unerlässliches politisches Signal, die Dienste **von der Umsatzsteuer eindeutig zu befreien**. Ob hierzu die im Gesetzentwurf vorgeschlagene Lösung der richtige Weg ist, sollten wir in der vorgesehenen Anhörung genauer diskutieren.

Man merkt dem Gesetzentwurf deutlich an, dass er ursprünglich die **Umsatzsteuerbefreiung** zum Kernziel hatte, die inhaltliche Konzeption und Weiterentwicklung der Freiwilligendienste jedoch vernachlässigt wurde.

Sehr kritisch sehen wir, ebenso wie der Bundesrat, die vorgesehene Möglichkeit zur **Verkürzung der Dienstabschnitte** auf 3 Monate. Dies widerspricht dem pädagogischen Ziel der qualifizierten Begleitung und Lernphase zur Persönlichkeitsentwicklung.



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

Niemand hat etwas gegen **kurzzeitiges Engagement** oder Praktika – dies hat aber dann einen anderen Charakter als ein Freiwilligendienst.

Die vorgesehenen neuen Möglichkeiten zur **Stückelung und Verlängerung** der Dienste auf 24 Monate können im Extremfall dazu führen, dass ein Freiwilliger künftig **bis zu acht Drei-Monats-Dienste** bei verschiedenen Trägern leistet.

Der **Verwaltungsmehraufwand** wäre gewaltig!

Noch wichtiger: Das Freiwillige Soziale oder Ökologische Jahr darf nicht zum **unverbindlichen freiwilligen Quartal** werden. Ein FSJ in der Psychiatrie oder einem Pflegeheim ist kein Schnupper-Praktikum, sondern muss **fundierter Lerndienst** bleiben.

Die zeitliche Ausweitung auf zwei Jahre wiederum birgt die große Gefahr, **neue Warteschleifen für Jugendliche** zu schaffen anstelle sinnvoller Freiwilligentätigkeit.

Ein Beispiel hierfür ist auch das vom Bildungsministerium vorgeschlagene **„Freiwillige technische Jahr“**, das zu einem getarnten Langzeitpraktikum zu werden droht.

Damit ruiniert die Bundesregierung die erfolgreiche **„Marke Freiwilliges Jahr“**.

Auch das Innenministerium plant schon ein **„Katastrophenschutzjahr“** – und **das alles läuft unkoordiniert nebeneinander her!**

Neue Programme werden verkündet, ohne auf deren konkrete Abwicklung im Sinne von Freiwilligen und Trägern zu achten.

Es gibt zudem **keine abgestimmten Standards**.

Und: Die Dienste werden auch finanziell und sozialrechtlich **willkürlich ungleich behandelt**.

All das zeigt: Ihr Jugendfreiwilligendienstgesetz ist **enttäuschend, konzeptionell schwach und kontraproduktiv!**

Wir haben deshalb einen **eigenen Antrag** zur Zukunft der Freiwilligendienste eingebracht.

Darin fordern wir die Bundesregierung auf, endlich ein **Gesamtkonzept** zum deutlichen **Ausbau** der Jugendfreiwilligendienste vorzulegen, das ihr **jugend- und bildungspolitisches Profil** schärft.

Wir wollen die **hohe Bereitschaft junger Menschen** zu ökologischem, sozialen und kulturellen Engagement im In- und Ausland aufgreifen.

Zusätzlich zu den 10.000 vorgesehenen entwicklungspolitischen Freiwilligenplätzen wollen wir die Zahl aller **Plätze von 2005 bis 2015 verdoppeln**.

Wesentlich ist für uns dabei die Sicherung der **Qualität** der Freiwilligendienste. Als selbst gewählte **Lernphase** müssen sie noch stärker auf **Orientierung, Bildung und Qualifizierung** ausgerichtet werden.

Die **pädagogische Begleitung** muss Jugendliche bei der Gewinnung neuer Erfahrungen unterstützen. Gerade **bildungsferne Zielgruppen** müssen besonders angesprochen und gewonnen werden.



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

Wir fordern deshalb einen **Freiwilligendienstplan**, der die finanziellen Mittel für alle Freiwilligendienste analog zum Kinder- und Jugendplan bündelt.

Auch im **Antrag der FDP** wird richtigerweise ein Gesamtkonzept gefordert und die mangelnde **Koordinationsleistung** des eigentlich federführenden Familienministeriums beklagt.

Wir teilen jedoch ausdrücklich **nicht** den FDP-Vorschlag, den **entwicklungspolitischen Freiwilligendienst einzustellen**.

*Das **weltwärts-Programm** kann ein gelungener Beitrag zum globalen Lernen sein, den wir konstruktiv und kritisch begleiten werden.*

Der Ausbau der Freiwilligendienste wird nur dann gut gelingen, wenn wir die pädagogische und fachliche Qualität im Rahmen eines Gesamtkonzeptes sichern. Der von der Bundesregierung vorgelegte **Schmalspurenentwurf** reicht hierfür bei weitem nicht aus!